

# Städtetag: Bund soll Unterbringung zahlen

**Berlin.** Der Deutsche Städtetag hat den Bund aufgefordert, die zusätzlichen Unterkunftskosten zu übernehmen, die durch den Flüchtlingszuzug entstehen. Im neuen Jahr wären das zwischen 800 Millionen und 1,5 Milliarden Euro, sagte die Städtetagspräsidentin Eva Lohse der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Die Kommunen erfüllten bereits viele Aufgaben bei der Unterbringung der Schutzsuchenden. Sie erwarteten deshalb, so Lohse, »dass der Bund diese Ausgaben nicht nur zu gut einem Drittel trägt, sondern zu hundert Prozent«. Auch zur weiteren Ankunft von Flüchtlingen traf Lohse Aussagen. Die Zuwanderung sei angeblich nur zu bewältigen, »wenn sie wirkungsvoller gesteuert und reduziert wird«. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/278421.staetetag-bund-soll-unterbringung-zahlen.html>